



Bundeskanzler Friedrich Merz zieht Bilanz über die gemeinsame Regierungszeit und skizziert die Herausforderungen für 2026 | Foto: CDU

Politischer Aufbruch 2026 - Friedrich Merz wendet sich an Regierungskoalition

06. Januar 2026

Per Rundbrief wandte sich Friedrich Merz zum Jahresauftakt an seine Parteikollegen und die SPD-Fraktion – ein Rückblick auf die gemeinsame Regierungszeit und ein Ausblick auf die kommenden Herausforderungen. Welche Projekte konnten bereits erfolgreich umgesetzt werden, und wo liegen die größten Stolpersteine für 2026? „Noch ist nicht alles so gut gelungen, wie wir es uns vorgenommen haben“, gesteht der Bundeskanzler offen. Trotz mancher Erfolge bleibt der Weg steinig: Die deutsche Kurskorrektur in der Migrationspolitik ist vorangeschritten, private Haushalte werden dank der

Strompreiskompensation entlastet, und der Bürokratieabbau schreitet voran. Investitionen, die im vergangenen Jahr in Infrastruktur und Digitalisierung getätigt wurden, bilden nun die Grundlage für das Wachstum 2026. Um jedoch global wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Deutschland weiter an den Stellschrauben bei Steuer- und Bürokratielasten drehen.

Denn die wirtschaftliche Lage bleibt angespannt: Industrie, Mittelstand und Handwerk stehen unter Druck, Arbeitsplätze sind bedroht. Für 2026 fordert Merz daher klare politische Entscheidungen: Arbeitsplätze sichern, Wachstum fördern und die Produktivität steigern.

Parallel zu den innenpolitischen Aufgaben bleibt die Sicherheit Europas ein zentrales Thema. Die Ukraine erlebt den vierten Kriegswinter und musste über Weihnachten die bisher schwersten Angriffe auf zivile Infrastruktur verkraften. Deutschland engagiert sich für einen Waffenstillstand, der die Souveränität der Ukraine wahrt. Jedoch müssen die Sicherheitsgarantien und politischen Absprachen mit den USA weiterhin gewährleistet sein, schreibt der Bundeskanzler.

2026 wird ein Jahr, das politische Entschlossenheit, Kooperation und Weitsicht erfordert. Friedrich Merz und seine Regierung haben die Chance, durch kluge Entscheidungen nicht nur die Wirtschaft zu stabilisieren, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und das Vertrauen in die deutsche Demokratie breitflächig wiederherzustellen. (vk)